

Ereignisse unbeabsichtigte Eigendynamiken entwickeln: Entgegen ihrer Einheitsforderung trugen die Aufbegehrenden ungewollt zur Verstärkung der deutschen Teilung bei. Churchills Vorschlag vom 11. Mai, mit dem Kreml über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu verhandeln, wurde mit dem 17. Juni unmöglich. Die westliche Bereitschaft sank auf null.

Ein Befürworter der Preisgabe des Ulbricht-Regimes, Stalins Ex-Geheimdienstchef Lawrentij Berija, kam in Moskau durch den 17. Juni selbst in Bedrängnis, wurde gestürzt, aller Ämter beraubt und schließlich erschossen. Die Niederschlagung des Aufstands war hingegen Konrad Adenauer dienlich, weil seine Westpolitik damit Bestätigung fand und er angesichts der sowjetischen Repression von Vier-Mächte-Gesprächen abraten konnte, wenngleich er taktisch zur Beschwichtigung der deutschen Öffentlichkeit solche forderte.

DDR-Bürger als die Verlierer

Der 17. Juni stärkte Adenauers Position sowohl im Bündnis mit den Westmächten als auch in der Innenpolitik, wie sein Wahlsieg vom 6. September bewies. Die Westintegration besaß jetzt eine breite parlamentarische Basis.

Von den revolutionären Ereignissen profitierten ganz andere als die Aufständischen: Nachdem in Bonn der Besitzstand gewahrt werden konnte und der Teilungsprozess voranschritt, hielt Moskau weiter an Ulbricht fest. Es herrschte eine eigentümliche Dialektik: Solange das Primärziel der Westmächte die bundesdeutsche Westintegration blieb, solange war die Ostintegration der DDR dienlich.

Die Sieger des Zweiten Weltkrieges blieben aus Prinzipientreue Verbündete gegen Deutschland, zumal es dort um die Konsolidierung ihrer Einflussbereiche ging. Die Verlierer waren das schwächste Element des Geschehens – die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, die auf die Einheit gehofft hatten. Dass der Westen gleichzeitig das Geschäft des

DER AUTOR



Michael Gehler (* 1962 in Innsbruck) studierte Geschichte und Germanistik an der Uni Innsbruck, habilitierte sich 1999 und war dort a. o. Professor am Institut für Zeitgeschichte. Seit 2006 ist er Professor und Leiter des Instituts für Geschichte an der Universität Hildesheim und Jean-Monnet-Professor für vergleichende Geschichte Europas und der europäischen Integration.

[Privat]

„Keep the Germans down“ in diesem Falle durch ihren ideologischen Gegner besorgen ließen und in Berlin zusahen, wie dies geschah, war der Machiavellismus der substanzlosen „Rollback“-Doktrin der USA. Für den Normalbürger war dieses subtile Spiel schwer durchschaubar.

Langer Weg zum 9. November

Psychologisch blieb der 17. Juni für das Selbstverständnis der Menschen in der DDR aber bedeutsam. 1953 zeigte sich, dass politische Systeme bei anhaltender Mangelwirtschaft und unterlassenen Reformen rasch existenzielle Legitimationsprobleme bekommen sollten. Mit Blick auf den 9. November 1989 erscheint der 17. Juni, der – einem Vorschlag Herbert Wehners (SPD) zufolge – als „Tag der deutschen Einheit“ bis 1990 als gesetzlicher Feiertag begangen worden war, gleichermaßen als vorrevolutionärer Aufstand.

Eine allzu lineare und retrospektive Deutung kann jedoch die Entstalinisierung (ab 1956), den Grundlagenvertrag BRD-DDR (1972), die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) mit der Entspannungspolitik sowie die Reformen von Gorbatschow ab 1985 nicht unberücksichtigt lassen, die auf dem langen Weg vom 17. Juni 1953 bis zum 9. November 1989 lagen.

Zuletzt lehrt der 17. Juni, dass alle politischen Tabus einmal enden: Die Geschichte schlug zurück und brach der Wahrheit Bahn, als die Lesart vom „Putschversuch faschistischer Provokateure“ und von der „Konterrevolution“ trotz und gerade aufgrund staatlicher Propaganda und offizieller Geschichtsklitterung nicht mehr haltbar war.

Verlorene Legitimation

Die revolutionären Veränderungen in der DDR im Jahre der 40. Wiederkehr der Staatsgründung führten zur gewaltlosen Entmachtung der SED-Spitze sowie zur Umorientierung der nun als „Wendehälse“ bezeichneten Politfunktionäre. Die Partei verlor mit der Kommunikation auch die Legitimation. Der „antifaschistische Schutzwall“ war zum Stigma des Sozialismus geworden. Im kollektiven Bewusstsein war die Erfahrung mit dem 17. Juni so verankert, dass darin ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage gesehen werden kann, warum der Herbst 1989 friedlich verlaufen ist.

Buchhinweis: Michael Gehler/Rolf Steininger: „17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte“. Reinbek (Lau-Verlag). Erscheint im Juni 2018.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Warum in den Bundesländern jetzt die Unaufgeregten gefragt sind

Mit Michael Häupl verlässt das letzte Original mit einer politischen Pranke den Kreis der Landeshauptleute. Neue Sachlichkeit kehrt ein. Das kann ein Vorteil sein.

Es gibt sie also doch noch: die positive Überraschung in der österreichischen Politik. Für eine solche sorgte Salzburgs Landeshauptmann, Wilfried Haslauer (ÖVP), als er nach gewonnener Landtagswahl am 22. April den Wunsch nach einer schwarz-grün-pinken Landesregierung verkündete.

Zweierlei war dem knochentrockenen Landeshauptmannsohn und ehemaligen Anwalt so eigentlich gar nicht zuzutrauen: erstens, dass er das noch nie Dagewesene wagen, das Erwartbare und von seinen eigenen ÖVP-Wählern Gewünschte – nämlich Schwarz-Blau – erst gar nicht ernsthaft in Erwägung ziehen würde. In Kürze sollte der Pakt mit Grünen und Neos abgeschlossen werden. Das zeugt von einer Selbstsicherheit und einer Risikobereitschaft, die Haslauer vor dem Wahlsieg so nicht ausgestrahlt hat.

Zweitens sandte Haslauer mit dem Slogan, er wolle eine „politische Allianz der Mitte“ eine Dauerbotschaft nach Wien, ohne in den Konfrontationsmodus mit Bundespartei, Bundesregierung und Bundeshauptstadt zu verfallen, wie er früher in den Ländern üblich war. Wenn nämlich Schwarz-Grün-Pink die Allianz der Mitte ist, dann kann Türkis-Blau dort nicht zu finden sein. Eine subtile Distanzierung ohne Kraftworte.

Mit Haslauer hat innerhalb weniger Wochen der zweite Landeshauptmann als Antityp zum früher so populären überdominanten Landesvater einen fulminanten Sieg eingefahren. Wer sich nämlich in Kärnten umhört, der erfährt, dass Peter Kaisers Popularität und in der Folge Wahlsieg gerade in seiner trockenen Sachlichkeit, seiner Unaufgeregtheit, im Leisen statt im Poltern, begründet waren. In Salzburg und in Kärnten gaben die Wähler an, dass Haslauer und Kaiser das stärkste Motiv waren, ÖVP beziehungsweise SPÖ zu wählen.

Mit dem Abschied von Wiens Michael Häupl aus der Landeshauptleutekonferenz gestern, Freitag, ist der Wandel in den Landeshauptstädten für alle sichtbar. Michael Ludwig wird genau in den Kreis der Machttechniker passen, mehr

der Sachlichkeit denn dem Schmach ver-schrieben.

Allerdings trockener als in Vorarlberg unter Markus Wallner, in Oberösterreich unter Thomas Stelzer, unbedeutender als im Burgenland unter Hans Niessl wird es in Wien nicht zugehen können. Auch von den drei übrigen Länderchefs der ÖVP, Johanna Mikl-Leitner, Günther Platter und Hermann Schützenhöfer hat Ludwig keinen Wettbewerb im kreativen Aufbau bundesweiter Popularität zu fürchten.

Das ist auch ganz gut so. Die Wähler wollen – wie Kärnten und Salzburg zeigten – heute mehr Nüchternheit, mehr Durch- und Umsetzung in der Politik als Güte und Herablassung eines Landesfürsten. Sie wollen offenbar auch mehr Sicherheit, ohne mit Details belastet zu werden, wie Niederösterreich und Tirol dieses Jahr bewiesen: Johanna Mikl-Leitner errang ihren Wahlsieg ganz ohne konkrete Wahlversprechen und Namen, nur mit ihrem Konterfei. Platter pries sich überhaupt nur mit dem Synonym „Er“ den Wählern an.

Nüchterne Sacharbeit, ergebnisorientiert wie es so treffend heißt, am Konferenzisch der Landeshauptleute, den es ja eigentlich verfassungsrechtlich gar nicht geben dürfte, ist sicher nicht das Schlechteste.

Angenommen, alle neun nehmen sich dort mit parteiübergreifender Ernsthaftigkeit der Probleme des lähmenden Föderalismus an; angenommen, sie bringen auf diese Weise politisch etwas auf einen Weg, der nicht in einer Sackgasse landet – dann würden sie der Republik einen Dienst erweisen wie keiner ihrer Vorgänger. Dann könnte man gern auf Buntheit und Originalität früherer Länderchefs, ja auch Häupls, verzichten.

Mit der Bundesregierung wollen sie auf „Augenhöhe“ verhandeln. Das ist vielversprechend. Denn früher blickten die Länder auf den Bund herab. Jetzt könnte die Ära der positiven Überraschungen beginnen. Könnte! Es könnten doch auch negative werden. Abwarten!

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien: Reality Check <http://diepresse.com/blog/rohrer>

Am Dienstag in „Quergeschrieben“:
Andrea Schurian

fen vorsehen, die einen durch den Vertragsbruch erhaltenen wirtschaftlichen Vorteil bei Weitem übersteigen. Das sollte bei künftigen Abkommen berücksichtigt werden.

Michael Pfeiffer,

Dipl.-Jurist, 9552 Steindorf-Stiegl

Der Zentralmatura entkommen

„Mathematik: Matura mit mehr Technologie“, von Bernadette Bayrhammer, 9. 5.

Durch rechtzeitigen Übertritt in den Ruhestand der Zentralmatura entkommen, beobachte ich meine noch aktive Lebensgefährtin bei der Korrektur der Deutschmatura und beim Ausfüllen des beigelegten Korrekturrasters, wo sie bei 26 Schüler-/Schülerinnenarbeiten 1092 (!) Kreuzerln bei vorgegebenen Beurteilungsformulierungen machen muss. Solchermaßen das vorgeschriebene ministerielle Objektivierungsgebot ins Unermessliche, ja Absurde steigend.

Mag. Gerhard Spangl, 1160 Wien

Jetzt geht es um die Glaubwürdigkeit der EU

„Soros-Stiftung beugt sich Druck Orbáns“, von Boris Kálnoky, 16. 5. Es ist unglaublich, dass ein EU-Mitgliedstaat die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Humanität so mit Füßen tritt. Ungarn sollte alle Mitbestimmungsrechte innerhalb der EU verlieren und vor allem kein Geld mehr aus der EU-Kasse erhalten. Andernfalls könnte das Beispiel Ungarn Schule machen. Jetzt geht es um die Glaubwürdigkeit der EU, um ihren Wesenskern.

Christian Fuchs, D-91468 Gutenstetten

So sieht eine Würdigung der Toten aus

„Bleiburg: Über den Brauch, der Toten würdig zu gedenken“, „Quergeschrieben“ von Karl-Peter Schwarz, 17. 5.

So sieht eine Würdigung der Toten aus. Vielen Dank für den sachlichen und historisch belegten Bericht. Es wäre sehr wünschens-

wert, wenn die österreichische Linke aufhören würde, die Tragödie von Bleiburg für politische Zwecke zu nützen.

Die Kroaten haben die grausame faschistische und kommunistische Zeit aufzuarbeiten. Sehr hilfreich wäre es, wenn Belgrad die Archive, die Kroatien und auch Slowenien ab 1919 betreffen, öffnen würde. Die faire Bearbeitung würde den für die Region so wichtigen Friedensprozess beschleunigen. Österreich hat schon lange alle Archive vor 1919 für ehemalige Kronländer geöffnet.

Davorin Gubic, 1140 Wien

„Geehrt“ wird auch Stalin in Putins Russland

Karl-Peter Schwarz schreibt in „Quergeschrieben“ zu dem Bleiburg-Gedenken: „Tito ist der einzige unter den großen Massenmördern des 20. Jahrhunderts, der heute noch geehrt wird...“

Bedeutet dies, dass Mao Zedong, Ho Chi Minh oder Kim Il-sung nicht zu den „großen

Massenmördern“ gehören – ganz zu schweigen von Franco, der nicht weniger Menschenopfer auf dem Gewissen haben dürfte als Tito? „Geehrt“ wird heute übrigens auch Stalin in Putins Russland.

Dr. Egon Platter, 1040 Wien

Starke Schlagseite und viel Selbstgerechtigkeit

„Man brüstet sich nicht auf Kosten von Vertriebenen“, GK von Lydia Mischkulnig, 15. 5.

Wie schon bei Michael Köhlmeier gibt es auch bei Lydia Mischkulnig eine starke Schlagseite und viel Selbstgerechtigkeit.

Daher eine grundlegende Frage: Als – neben tatsächlich aus Kriegswirren und vor Verfolgung Geflüchteten – auch unzählige Glücksritter die Grenzen passierten, stellte sich keiner von denen, die nur mit Menschlichkeit argumentierten, die Frage: „Was wird aus all den jungen Männern? Wie werden sie hier leben, ent wurzelt und getrennt von allem, was sie kennen? Wovon werden sie

leben?“ Die Antworten auf diese logischen Fragen sehen nicht gut aus. In den Städten bilden sich Ghettos, Drogenhandel und Gewalt nehmen überhand. Junge afghanische Flüchtlinge prostituieren sich in den Parks.

Ist das annehmbar? Ist das in irgendeiner Weise gut für irgendjemanden? Außer für Meinungsbildner (und -innen), die sich nach Abgabe einer Portion Moral besser fühlen?

DI Eduard Vierlinger, 4040 Steyregg

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.